

Musks junge Helfer kapern sensible Datensätze

Der jüngste ist 19: Mitarbeiter des Trump-Beraters dringen in Systeme der US-Ministerien ein

Dirk Hautkapp

Washington. Sein Spitzname in sozialen Medien lautet „Dicke Eier“. Edward Coristine, mit 19 Jahren nicht mal alt genug, um in der Bar ein Bier zu bestellen, gehört zur Speerspitze jener juvenilen Kampftruppe, die Donald Trumps Allzweckberater Elon Musk im Auftrag des US-Präsidenten durch Amerikas Ministerien und Regierungsbehörden jagt, um Verschwendung aufzuspüren und den Staatsetat zu schrumpfen.

Coristine hat bei Neuralink, Musks Firma für Gehirn-Computer-Schnittstellen, ein Praktikum absolviert. Was den Sohn eines Popcorn-Unternehmers für die Aufgabe qualifiziert, das billionenschwere Budget der Vereinigten Staaten sachverständig zu durchforsten, ist öffentlich nicht bekannt. Das gilt auch für die übrigen jungen Männer im Alter zwischen 19 und 25, die seit Tagen laut US-Medien durch ihr forsches Auftreten für Entsetzen und Kopfschütteln sorgen.

Wird ihnen, wie anfänglich im Finanz- oder Entwicklungshilfeministerium geschehen, der Zugang zu sensiblen Computersystemen verwehrt, wird es nach Berichten von Ohrenzeugen schnell unverschämt und laut. „Elons kleine Strolche führen sich auf wie schlechte FBI-Agenten bei einer Razzia“, sagte ein ehemaliger Mitarbeiter der Behörde für Personalverwaltung (OPM) dieser Zeitung.

Was altgediente Staatsdiener besorgt, ist die „Unbeschwertheit“, mit der die Kontrolleure vorgehen. Ob im Gesundheits- und Sozialministerium, dem Finanzministerium, der Klima- und Wetterbehörde „National Oceanic and Atmospheric Administration“ oder dem vor der Auflösung stehenden Bildungsministerium – überall konzentrierten sich Musks Emissäre auf hochgradig geschützte Datensätze. Was sie damit tun, ob sie Informationen kopieren oder durch neuen Software-

Code verändern, „weiß niemand“, sagte ein Mitarbeiter dem Magazin „The Atlantic“.

Dabei kommt es zu bizarren Szenen. Als Luke Farritor (23), ein Jungspund, der sich Archäologiethemata mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz widmet, Zugang zum IT-System des Energieministeriums verlangte, stellten sich Juristen des Ministeriums quer – bis von höherer Stelle grünes Licht erteilt wurde.

„Ich war schon rassistisch, bevor es cool wurde“

Mindestens einer der alerten Kostensenker, die allesamt Silicon-Valley- und/oder Musk-Imperium-Erfahrung haben, war zwischenzeitlich bereits wieder weg. Der 25-jährige Marko Elez, der Zugang zum zentralen Auszahlungssystem des Finanzministeriums besaß und sogar Computerprogramme neu schreiben durfte, fiel durch Sprüche in sozialen Medien auf, wo er gegen indische Gastarbeiter stänkerte und Sätze wie diesen losließ: „Ich war schon rassistisch, bevor es cool wurde.“ Wie Trumps Sprecherin Karoline Leavitt mitteilte, hatte Elez seinen Posten in dem für Musk eingerichteten Pseudo-Ministerium „Department of Government Efficiency“ (Doge) sofort niedergelegt. Dann die Wende: Auf Drängen von Vizepräsident J. D. Vance, dessen Frau indischer Herkunft ist, holte Musk den Knaben am Freitagabend zurück. Fehler verziehen.

Niemand in der Musk-Truppe hat laut „Washington Post“ berufliche Erfahrungen mit Haushaltsfragen; geschweige denn die nötige Sicherheitsstufe, um auf Millionen Datensätze von Regierungsangestellten, Unternehmen und Steuerbürgern zugreifen zu dürfen. Nach welchen Kriterien sie vorgehen auf der Suche nach Sparpotenzialen, ist unbekannt. Die Nachwuchstruppe hat aber ein Problem mit der Transparenz. Top-Leute, darunter Edward „Dicke Eier“ Coristine, löschten zu letzt ihre Social-Media-Konten.



Elon Musk ist zu Donald Trumps Allzweckberater geworden.

ANGELA WEISS/AFP



„Das dürfen wir Donald Trump nicht erlauben“

Der US-Präsident hat per Dekret die Auslandshilfen auf Eis gelegt. Was das bedeutet, erfährt gerade Filmemacherin Ivanka Slobadianiuk

Ivanka Slobadianiuk ist vom Aus der US-Auslandshilfen direkt betroffen.

ARTEM LYSAK

Jan Jessen

Kiew. Oleksandr Machow stirbt wenige Wochen nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Bei den Kämpfen um das Dorf Dovhenke in der Region Charkiw im Nordosten des Landes trifft ihn ein Schrapnell, seine Lunge kollabiert. Machow wird nur 36 Jahre alt. In der Ukraine gilt er als Held. Vor der Invasion war er ein bekannter Journalist, zum Dienst an der Waffe hatte er sich freiwillig gemeldet.

Ivanka Slobadianiuk will ihm ein filmisches Denkmal setzen. Ihm und anderen Journalisten, die bisher in der Ukraine gestorben sind. „Es ist ein sehr wichtiges Projekt“, sagt die Filmemacherin. Es könnte jetzt vor dem Aus stehen, weil US-Präsident Donald Trump gerade die amerikanische Entwicklungsagentur USAID zerstört.

Am 20. Januar unterschreibt Trump ein Dekret, das wie kaum ein anderes für Kritik sorgt. Er lässt bis auf wenige Ausnahmen die US-Auslandshilfen einfrieren. Im Visier haben er und der Tech-Milliardär Elon Musk, der den Auftrag hat, Behörden auf Effizienz zu durchleuchten, vor allem die Entwicklungsagentur USAID. Musk bezeichnet die Agentur als eine „kriminelle Organisation“, die von einem „Haufen radikaler Verrückter“ geführt werde. Seit dem 1. Februar ist die Internetseite der Agentur abgeschaltet.

Das Einfrieren der Auslandshilfen erscheint wie der Beginn eines Feldzugs zur Zerstörung der Agentur, die weltweit Projekte in Krisen- und Konfliktgebieten finanziert.

Eines der wichtigsten Zielländer ist seit dem Beginn des russischen Überfalls die Ukraine. Seit 2022 hat USAID etwa 30 Milliarden Dollar für das Land gegeben. Hunderte lokale Organisationen und Behörden haben mit dem Geld Projekte finanzieren können. Die Bandbreite der Empfänger ist groß: Vom Katastrophenschutz über Beratungszentren, Baubataillone, Kultur- und Bildungseinrichtungen und Dorfräte bis hin zu Wohltätigkeitsstiftungen und Medien. Jetzt ist Schluss.

Ausgenommen von dem radikalen Schnitt, das stellt die US-Regierung nach heftiger Kritik klar, seien überlebensnotwendige humanitäre Projekte, über die Notleidende mit Medikamenten, Nahrung oder Unterkünften versorgt werden.

Die Ukraine appelliert an die Europäer, zu helfen

Wie hart die Maßnahme das bedrängte Land trotzdem trifft, macht der künftige ukrainische Botschafter bei den Vereinten Nationen deutlich: „Die Einstellung der USAID-Hilfen ist eine riesige Herausforderung vor allem für die ukrainische Zivilgesellschaft“, sagt Andriy Melnyk. Es müsse jetzt dringend ein „kreativer Ausweg“ ausfindig gemacht werden, um das demokratische Fundament, gerade mitten im Krieg, zu festigen.“

Ivanka Slobadianiuk und ihr Team der „Felix Produktion“ hat die Schocknachricht vom Aus der Finanzierung wie aus heiterem Himmel getroffen. Am 28. Januar erhält die 30-Jährige ein Schreiben. Darin steht: „Ihr müsst alles sofort stop-



Das ukrainische Team der „Felix Produktion“ bei Dreharbeiten. Ob es diese fortsetzen kann, ist vollkommen unklar.

FELIX PRODUCTIONS

pen.“ Konkret heißt das für sie: Ihr ehrgeiziges Filmprojekt „Journalist“ kann vielleicht nicht mehr realisiert werden.

Wir treffen die junge Filmemacherin am 2. Februar in Kiew. Sie ist aufgewühlt. Das Filmprojekt ist ihr ein Herzensanliegen. „Seit dem Beginn der russischen Invasion sind in der Ukraine 111 Journalisten ums Leben gekommen. 84 von ihnen hatten sich wie Oleksandr den Streitkräften angeschlossen.“

Ihre Produktionsgesellschaft ist nach einem Freund benannt, der ebenfalls 2022 gefallen ist. Ihren ersten Film hat sie ihm gewidmet. „Felix“ lief 2023 in ukrainischen und ausländischen Kinos. „Es war uns wichtig, einen anderen Blickwinkel auf den Krieg zu zeigen, nicht den rein nachrichtlichen. Wir wollten zeigen, welchen Schmerz der Tod eines geliebten Menschen auslösen kann.“ Sie wolle, sagt Slobadianiuk, die Erinnerung an die wachhalten, „die gestorben sind, damit wir leben können.“

Zugleich versteht sie ihre Arbeit auch als unabhängigen Gegenpol zu den etablierten ukrainischen Medien, die seit Beginn der russischen Invasion unter dem Kriegsrecht nahezu gleichgeschaltet sind.

Für ihr Projekt „Journalist“ hatte Slobadianiuk eine Finanzierungszusage von USAID in Höhe von 62.000 Dollar erhalten, auszahlbar in fünf Tranchen. Drei davon hat das Team bereits erhalten. Sie waren an der Front, um Machows Leben rekonstruieren und die Arbeit der Journalisten dort dokumentieren zu können, haben exklusives Filmmaterial des Getöteten gesichtet. „Er hat sich immer gefragt, was wichtiger ist: das Mikrofon oder das Maschinengewehr.“ Jetzt sollte die Postproduktionsphase beginnen.

Slobadianiuk will weiter für ihr Projekt kämpfen. „Wir dürfen Trump nicht erlauben, das zu beenden“, sagt sie. Notfalls will sie versuchen, andere Finanzierungsquellen zu finden. „Es gibt keine Zeit, frustriert zu sein. Es ist Krieg im Land. Wir müssen weitermachen.“

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die Regierung beauftragt, eine Liste von vorrangigen Programmen zu erstellen, die aus dem maroden Staatshaushalt finanziert werden können. Der künftige UN-Botschafter Melnyk appelliert an die Europäer, „uns aus dieser Zwickmühle herauszuhelfen und den Wegfall zu kompensieren“. Gleichzeitig fordert er die ukrainische Wirtschaft auf, eine nationale Stiftung zu errichten, um alle wichtigen Projekte zu erhalten. „Denn auch sie sind kriegsentscheidend.“

Gaspreise: So teuer wird es jetzt für Neukunden

Um rund 43 Prozent sind die Kosten bei neuen Verträgen innerhalb eines Jahres gestiegen. Experten sagen: So schnell wird es nicht günstiger

Dominik Bath

Berlin. Für Neukunden in Deutschland haben sich die Gaspreise binnen eines Jahres spürbar erhöht. Das geht aus einer Auswertung des Vergleichsportals Verivox hervor, die dieser Redaktion vorab vorliegt. Demnach sind die Gaspreise für Haushalte bei Neuverträgen innerhalb von zwölf Monaten um rund 3 Cent pro Kilowattstunde gestiegen – ein Plus von 43 Prozent, so Verivox.

Ein Haushalt in einem Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden (kWh) zahlte Anfang Februar 2024 im bundesweiten Durchschnitt rund 7 Cent pro kWh für einen

günstigen Gastarif mit zwölfmonatiger Preisgarantie. Derzeit liegt Verivox zufolge das günstigste Angebot bei rund 10 Cent/kWh. Für einen neuen Gastarif muss der Musterhaushalt demnach nun rund 600 Euro im Jahr mehr bezahlen.

Für den deutlichen Preissprung gibt es laut dem Preisvergleichsportale mehrere Gründe: Ein wichtiger Faktor sei die Rückkehr zum vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf Erdgas seit April 2024. Allein dadurch sei das Gaspreinsniveau um rund 11 Prozent gestiegen.

Darüber hinaus seien eine Reihe von Fixkosten zum Jahreswechsel gestiegen: So hätten sich etwa die durchschnittlichen Gasnetzgebüh-

ren um 21 Prozent erhöht, was für ein Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh rechnerische Mehrkosten von rund 98 Euro (brutto) bedeute. Ebenfalls zum Januar ist die Gasspeicherumlage um 20 Prozent gestiegen. Das entspräche Verivox-Berechnungen zufolge zusätzlichen Kosten von 12 Euro (brutto). Hinzu kommt der Anstieg des CO₂-Preises von 45 Euro auf 55 Euro pro Tonne im Jahr 2025, der rechnerische Mehrkosten von 43 Euro (brutto) verursache.

Großhandelspreise für Gas hatten sich in den letzten zwölf Monaten verdoppelt – von durchschnittlich rund 2,5 Cent/kWh im Februar 2024 auf derzeit über 5 Cent/kWh.

Verivox-Experten halten den Gasmarkt für „sehr volatil“. Händler würden den Preisanstieg mit im Vergleich zum Vorjahr stärker geleerten Gasspeichern und politischen Unsicherheiten begründen. Wegen der kälteren Temperaturen hatten



Neukunden müssen bei Abschluss eines Gasvertrags deutlich mehr zahlen als Anfang 2024.

PA/SZ PHOTO

sich die Gasspeicher neuesten Zahlen zufolge so schnell geleert wie seit vier Jahren nicht mehr.

Experten: Jetzt günstigen Gastarif mit Preisgarantie abschließen

Entwarnung mit Blick auf ein schnelleres Abflachen der Preiskurve geben Fachleute nicht. „Derzeit sehen wir keine Signale für langfristig sinkende Großhandelspreise für Gas, weshalb die Angebote für Haushalte eher steigen als sinken werden. Wir empfehlen daher, jetzt einen günstigen Gastarif mit Preisgarantie abzuschließen. So kann man sich das aktuelle Preisniveau für die kommende Heizperiode sichern“, sagte Thorsten Storck,

Energieexperte bei Verivox, gegenüber dieser Redaktion.

Hüten sollten sich Verbraucherinnen und Verbraucher davor, zu lange in Grundversorgungstarifen zu verweilen: Der durchschnittliche Gaspreis für Haushaltskunden im örtlichen Grundversorgungstarif liegt aktuell bei 13,93 Cent/kWh, was bei einem Verbrauch von 20.000 kWh Heizkosten von 2786 Euro entspricht. Im günstigsten Angebot mit Preisgarantie werden hingegen rund 10 Cent/kWh fällig, die jährlichen Kosten liegen dann bei 2000 Euro. Durch die Wahl des richtigen Gastarifs könnten die Heizkosten also um fast 800 Euro gesenkt werden, so Verivox.